

DIE LINKE. Sachsen

Landesvorstand

Niederschrift der Landesvorstandssitzung vom 07. März 2014

Ort: Gewerkschaftshaus, Dresden

Anwesende Mitglieder:

Fabian Blunck, Sarah Buddeberg, Cornelia Falken, Antje Feiks, Rico Gebhardt, Stefan Hartmann, Jayne-Ann Igel, René Jalaß, Susanna Karawanskij, Heiko Kosel, Silvio Lang, Tilman Loos, Verena Meiwald, Sabine Pester, Heinz Pingel, Kevin Reißig, Efstathios Soudias, Michaela Vogel, Dagmar Weidauer

Entschuldigte Mitglieder:

Juliana Zybul, Heiko Rosenthal, Claudia Jobst

Gäste:

Ralf Becker (Sprecher LaRa), Lars Kleba (Wahlkampfmanager), Robert Wünsche (MA Wahlen), Rene Strowick (KV Bautzen)

Erstellung der Niederschrift:

Nicole Bautzmann, Doreen Marz-Schäffner

Vorgelegte Drucksachen / Unterlagen / Niederschriften zur Information:

Unterlagen:

- Tagesordnung
- DS 4 - 142 Arbeitsgremien für die LandesvertreterInnenversammlung am 05./06. April 2014
- DS 4 - 143 Übersicht zu den DirektkandidatInnen für die Landtagswahl 2014
- DS 4 - 144 Organisatorische Vorbereitung für die LandesvertreterInnenversammlung für die Landtagswahl
- DS 4 - 145 Delegiertenschlüssel für die Landesparteitage 2015/2016 der LINKEN Sachsen
- DS 4 - 146 Zusammensetzung des Landesrates der LINKEN Sachsen für die Jahre 2015/2016 - Mandatsverteilung

Umlaufmappe:

- Disput Februar 2014
- MiB Nr. 02/2014
- ISOR aktuell Nr. 02/2014

Tagesordnung:

	Tagesordnungspunkt	DS-Nr.
1.	Eröffnung / Beschluss über die Tagesordnung / Bestätigung des Protokolls vom 28. Februar 2014	
2.	Aktuelles	
3.	Vorbereitung des 11. Landesparteitages - Diskussion und Beschlussfassung zu Änderungsanträgen	ÄA.1.4. - 1.29.
4.	Vorbereitung des Bundesparteitages im Mai - u.a. erste Diskussion zu möglichen Anträgen	
5.	Sonstiges	
6.	Tagesordnungspunkte <u>ohne</u> Debatte:	
6.1	<i>Beschluss zum Ablauf und Finanzen zur Landesfrauenkonferenz 2014</i>	
6.2	<i>Beschlussfassung zum Delegiertenschlüssel der Landesparteitagsdelegierten DIE LINKE. Sachsen 2015/2016</i>	DS 4 - 145
6.3	<i>Beschlussfassung zum Delegiertenschlüssel für den Landesrat DIE LINKE. Sachsen</i>	DS 4 - 146

	2015/2016	
7.	Wahlkampf - Kommunalwahlplakate	
8.	Stand zur Vereinbarung der LINKEN Sachsen mit den Kandidierenden zur Landtagswahl - Fortschreibungsdokument	DS 4 - 143
9.	Vorbereitung LandesvertreterInnenversammlung - Beschlussfassung zum Vorschlag für die Arbeitsgremien sowie die organisatorische Vorbereitung	DS 4 - 142 / 4 - 144
10.	Auswertung der Aktionen am 5. März in Chemnitz zur Verhinderung des Naziaufmarsches	

TOP 1 – Eröffnung / Beschluss über die Tagesordnung / Bestätigung des Protokolls vom 28. Februar 2014

Rico Gebhardt eröffnet die Beratung. Tagesordnung wird angenommen. Heiko Kosel, Conny Falken und Juliana Zybul verspäten sich. Protokoll vom 28. Februar 2014 wird bestätigt.

TOP 2 – Aktuelles

- es gab eine Pressekonferenz, um die Entscheidung zum Kernteam bekannt zu geben
- anwesende Mitglieder des Teams waren Klaus Bartl und Luise Neuhaus-Wartenberg
- außer die Nachrichtenagentur waren die wichtigen sächsischen PressevertreterInnen anwesend
- angenehme und lockere Atmosphäre während der Konferenz
- wie vermutet wurden die meisten Fragen an Luise gestellt
- Luise hat ihre Sache gut gemacht und souverän geantwortet
- beide haben sich gut ergänzt
- anschließend gab es einen Fototermin für die Morgenpost und uns
- Kommentare zum Kernteam hielten sich in Grenzen, die Kritiken die kommen sind normal
- es gab die Frage nach dem Grund des Teams → für alle Aufgaben bereit und ggf. sind auch Mitglieder des Teams für Ministerposten geeignet
- es gab vier Rückfragen aus der Partei
- oft wurde angefragt, warum mehr weibliche Mitglieder als männliche – Quotierung ist wichtig
- es wurde angefragt, warum jemand schon in der 5. Legislaturperiode dabei ist und auch warum jemand neues dabei ist → Erneuerungsquote sollte auch im Kernteam vorhanden sein
- seit 1994 waren immer GenossInnen im Kernteam, die neu waren
- Rico Gebhardt bedankt sich für die Aktivität beim Naziaufmarsch am 5. März in Chemnitz

TOP 3 – Vorbereitung des 11. Landesparteitages - Diskussion und Beschlussfassung zu Änderungsanträgen

ÄA 1.1

Antrag zur Behandlung des ÄA am 14.03.14
dafür: 15 dagegen 2 Enthaltung: 1

→ dafür: 5 dagegen: 10 Enthaltungen: 2 abgelehnt

Zeile 2687 Änderung zur Einheitlichkeit „wir setzen um“

ÄA 1.2

Keine Ersetzung sondern Ergänzung.
Letzten Satz streichen und in einfügen.

→ dafür: viele dagegen: 1 Enthaltungen: 3 angenommen

ÄA 1.4

→ dafür: 0 dagegen: Enthaltungen: 2 → abgelehnt

ÄA 1.5

Teilübernahme zweiter Absatz, erster Satz gestrichen – Teilübernahme ab „Daher brauchen wir ab....“

dafür: viele dagegen: 0 Enthaltungen: 1 beschlossen

Teilübernahme aus dem ersten Absatz, außer letzter Satz

dafür: 1 dagegen: viele Enthaltungen:4 abgelehnt

→ Teilübernahme

ÄA 1.6

Verschieben auf 14.03.2014

Dafür: viele dagegen: Enthaltungen: Verschieben auf 14.03.2014

ÄA 1.7

→ dafür: viele dagegen: Enthaltungen: Einstimmig angenommen

ÄA 1.8

ersten Satz streichen. Neuer Text dann: „Wir wollen die Menschen, ob Kinder, ob Eltern nicht bevormunden, sondern ihnen ein gutes Leben ermöglichen. Manche brauchen mehr Unterstützung, und manchmal müssen Modelle des Zusammenlebens erst einmal von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert werden.“

In Zeile 809 einfügen.

→ dafür: viele dagegen: Enthaltungen: Einstimmung angenommen

ÄA 1.9

→ dafür: viele dagegen: Enthaltungen: Einstimmig angenommen

ÄA 1.10

“Wir arbeiten in der kommenden Legislatur darauf hin....“

→ dafür: dagegen: Enthaltungen: Einstimmig angenommen

ÄA 1.11

“die Fonds streichen“

→dafür: viele dagegen: Enthaltungen: Einstimmig angenommen

Verfahrensvorschlag zur verkürzten Diskussion einstimmig angenommen

ÄA 1.12

→ dafür: 6 dagegen: 4 Enthaltungen: 3 Angenommen

ÄA 1.13

→ dafür: viele dagegen: 1 Enthaltungen: 2 Angenommen

ÄA 1.14

→ dafür: 10 dagegen: 2 Enthaltungen: 5 Angenommen

ÄA 1.15

Antrag zur Verschiebung

dafür: 10 dagegen: 4 Enthaltungen: 2 Auf 14.03.14 verschoben

ÄA 1.16

→ dafür: viele dagegen: 1 Enthaltungen: 3 Angenommen

ÄA 1.17

→ dafür: 2 dagegen: Enthaltungen: 2 Abgelehnt

ÄA 1.18

→ dafür:	dagegen: viele	Enthaltungen:	Einstimmig abgelehnt
ÄA 1.19			
→ dafür: 2	dagegen: viele	6 Enthaltungen:	Abgelehnt
ÄA 1.20			
→ dafür:	dagegen: viele	Enthaltungen: 2	Abgelehnt
ÄA 1.21			
→ dafür:	dagegen: viele	Enthaltungen:	Einstimmig abgelehnt
ÄA 1.22			
→ dafür:	dagegen:	Enthaltungen:	Folgeablehnung von ÄA 1.20.
ÄA 1.23			
→ dafür:	dagegen: viele	Enthaltungen: 1	Abgelehnt
ÄA 1.24			
→ dafür:	dagegen:	Enthaltungen: 2	Abgelehnt
ÄA 1.25			
→ dafür: 2	dagegen:	Enthaltungen: 2	Abgelehnt
ÄA 1.26			
dafür:	dagegen:	Enthaltungen:	Folgeablehnung ÄA 1.20
ÄA 1.27			
Teilübernahme letzter Satz:			
→ dafür: 2	dagegen: viele	Enthaltungen: 4	Abgelehnt
→ dafür:	dagegen: viele	Enthaltungen: 3	Abgelehnt
ÄA 1.28			
→ dafür: 1	dagegen: viele	Enthaltungen: 1	Abgelehnt
ÄA 1.29			
→ dafür:	dagegen: viele	Enthaltungen: 3	Abgelehnt
ÄA 1.30			
mit Erweiterung in Klammern „(Hochschulen)“			
→ dafür: viele	dagegen:	Enthaltungen:	Einstimmig angenommen
ÄA 1.31			
→ dafür: viele	dagegen:	Enthaltungen:2	Angenommen
Rückholantrag wegen fehlerhafter Textstelle.			
dafür: viele	dagegen: 1	Enthaltungen: 3	Auf 14.03.14 verschoben
ÄA 1.32			
→ dafür: viele	dagegen:	Enthaltungen:3	Angenommen
ÄA 1.33			
→ dafür: viele	dagegen:	Enthaltungen:	Einstimmig angenommen
ÄA 1.34			
→ dafür: 9	dagegen: 1	Enthaltungen: 8	Angenommen

ÄA 1.35	→ dafür: viele	dagegen:	Enthaltungen: 1	Angenommen
ÄA 1.36	→ dafür: viele	dagegen:	Enthaltungen: 1	Angenommen
ÄA 1.37	→ dafür: viele	dagegen:	Enthaltungen: 3	Angenommen
ÄA 1.38	- Abstimmung „Landeshochschulgesetz (Hochschulfreiheitsgesetz)“			
dafür: 2	dagegen: 8	Enthaltungen: 4	Abgelehnt	
- Änderung mit Hochschulfreiheitsgesetz				
→ dafür: viele	dagegen: 2	Enthaltungen:	Angenommen. (Teilanpassung)	
ÄA 1.39	→ dafür: 2			
dagegen: 6	Enthaltungen: 8	Abgelehnt.		
ÄA 1.40	- mit Änderung „Erhaltung des sorbischen Volkes durch bedarfsgerechte Förderung“			
→ dafür: viele	dagegen: 2	Enthaltungen:	Angenommen.	
ÄA 1.41	→ dafür: viele			
dagegen: 1	Enthaltungen: 2	Angenommen.		

TOP 4 – Vorbereitung des Bundesparteitages im Mai - u.a. erste Diskussion zu möglichen Anträgen

- es gab ein Treffen nach dem sogenannten „kleinen Parteitag“ von Menschen, die sich mit der Bundessatzung befassen wollten
- Änderungen in großem Umfang zur Bundessatzung
- schon gestellte Anträge müssen erneut gestellt werden
- Grundideen werden vorgestellt:
 - Frage – wann wird Mitgliedschaft eines Neumitglieds wirksam (6 Wochen); Beitragspflicht sollte erst nach der Frist eintreten, denn ohne Rechte ist es „falsch“ Beitragspflicht zu fordern
 - Mitglied gehört in der Regel dem Kreisverband an, in dem er seinen Wohnsitz hat; mehr Zusätze (wie gewöhnlicher Aufenthaltsort) sind nicht nötig
 - wenn es Voraussetzungen zur Gründung einer Bundesarbeitsgemeinschaft gibt, Abweichungen aber möglich sind, dann sollten Ausnahmen 2/3 Mehrheit haben
 - Delegierte BWZ sollte nicht zu Personal- und Satzungsangelegenheiten und Finanzen abstimmen dürfen
 - Anteil der Frauen in Gremien der Kreise sollten prozentual berechnet werden, Formulierung der Frauenquote ist zu weich, es sollte keine Möglichkeiten geben, keine Frau in einem Vorstand zu haben
 - Beteiligung an Koalition oder Minderheitenregierung soll nicht nur vom Parteitag entschieden werden, sondern Mitgliederentscheid oder mit 2/3 Mehrheit des Parteitages
 - für Bundesausschusswahlen sollte präzisiert werden, dass nur 2 SprecherInnen pro BAG stimmberechtigt sind, für die Wahl der VertreterInnen aus BwZ
 - zum Eintrittsalter sollte nur „sofern Voraussetzungen des Parteiengesetzes erfüllt sind“ enthalten sein;
 - Stimmrechtentzug auf Versammlungen kann bei fehlender Beitragszahlung erfolgen; dies muss auch in der Einladung angekündigt werden, sollte man davon Gebrauch machen wollen
 - Gastmitgliederrechte, wie schon in Diskussionen, sollte noch einmal thematisiert werden
 - Transparenzpflicht für Mandatsträger der Partei
 - Mitgliedsentscheide sollen auch von Landesverbänden die mehr als 1/3 der Mitglieder des Bundesverbandes haben erzwungen werden können
 - Leute, die eintreten und unter 35 sind, werden passives Mitglied im Jugendverband und werden aktiv, wenn sie eine Veranstaltung des Jugendverbandes besuchen, diese Regelung ist schwer umzusetzen
 - Antragsarten (wie Initiativanträge) sollten genauer definiert werden
 - die Anzahl der Mitglieder des PV sollte gesenkt werden

- Wahl der VertreterInnen der Europäischen Linken sollte nicht der Bundesausschuss durchführen, sondern der Parteitag
- kein Parteiamt darf länger als 8 Jahre bekleidet werden, diese Regelungen ist in den Kreisverbänden oft schwer umzusetzen (bspw. für SchatzmeisterInnen); auch ist unklar was alles als Parteiamt gilt (Delegiertenmandat? soll diese Regelung auch für diese Mandate gelten)

Aus der Diskussion:

- „Gastmitglieder“ gab es nur wegen Vereinsrecht bei Parteineugründung; „SympathisantInnen“ könnte wieder eingeführt werden
- Rechte von Gastmitgliedern sollten beim Parteitag besonders unterstützt werden
- viele Vorschläge können jetzt schon als Antrag an den Parteitag gestellt werden
- ist es schlau, die Gastmitgliederrechte jetzt aufzurollen? Debatten werden dazu anders wahrgenommen; Unterstützung anderer Landesverbände wäre schön, um Erfolgssicherung zu leisten.
- Ist ein Gremium mit 44 Leuten arbeitsfähig?
- BAG-Delegierte haben weniger Stimmrechte, weil diese eher in inhaltlichen Schwerpunkten organisiert sind
- Gastmitgliederthema tatsächlich länger vorbereiten, durch anstehende Wahlen schwierig
- die anderen Anträge sollten gestellt werden
- PV: wenn 3/4 der Mitglieder da sind, ist das selten und viel; Beschlussfähigkeit problematisch
- gf. PV ist schwierig zu verkleinern, anders als in Sachsen bereitet er weniger vor, sondern entscheidet politisch
- evtl. eher Antrag stellen, den gf. PV mit organisatorischer Vorbereitung zu bevollmächtigen
- Gastmitgliederantrag sollte gestellt werden, weil es sehr wichtig ist
- wichtig wäre, dass PV (vor allem sächsische Mitglieder) aufpassen, dass keine Anträge hinten runter fallen
- Anträge müssen formuliert werden und vor Antragsschluss im Landesvorstand besprochen werden
- Freitag 13:00 Uhr Satzungsdebatte beim Bundesparteitag ist schwierig
- Anträge müssen bis Antragsfrist alle Bedingungen erfüllen
- Telefonkonferenz und Umlaufverfahren wäre gute Variante

Verabredung: Sarah, Tilman, Antje, Schulle stellen Änderungsanträge und es gibt noch eine Verständigungs-TelKo des Landesvorstandes; AA werden dann per Umlaufverfahren beschlossen.

- Unterstützungswünsche bzgl. der Landtagswahl Sachsen, Thüringen, Brandenburg an den Parteivorstand getragen
- Idee: es wird ein Antrag durch die Landesverbände Brandenburg, Sachsen und Thüringen eingebracht, bzgl. der Landtagswahlen- eher weniger effektiv, wenn die SpitzenkandidatInnen den Antrag allein stellen, die Vorsitzenden sollten beteiligt werden
- Antrag zum Thema Wahlrecht wird derzeit produziert (radikaldemokratischer Antrag zum Wahlrecht)
- Landesvorstände sollten jetzt Signal geben, ob dies Unterstützung findet → Antrag mit verschicken, wenn zur Telefonkonferenz Änderungsanträge an den Bundesparteitag behandelt werden
- Vorstandswahlen werden auch durchgeführt; Sachsen ist derzeit mit 8 Mitgliedern vertreten – bereits jetzt überlegen, wen wir für die Kandidaturen ansprechen – frühestens ab 7.4.2014; 29.3.2014 bei den Kreisvorsitzenden vorfühlen und um Unterstützung bitten
- es müssen KandidatInnen gefunden werden, die dann auch tatsächlich/praktisch ihrem Amt nachkommen können
- wird zur Beratung mit den Kreisvorsitzenden am 29. März 2014 thematisiert
- Steffen Juhra aus Leipzig kann sich eine Kandidatur vorstellen
- Heidemarie Lüth aus Chemnitz viell. fragen

TOP 5 – Sonstiges

Heiko Kosel:

- „Mitbestimmung statt Fremdbestimmung“ Diskussion mit ExpertInnen, Medien haben das gut reflektiert; LaVo wird über die Ergebnisse später informiert

Tilman Loos:

- Leipzig hat 107 KandidatInnen aufgestellt

TOP 6 – Tagesordnungspunkte ohne Debatte

6.1. Beschluss zum Ablauf und Finanzen zur Landesfrauenkonferenz 2014

geschoben

6.2. Beschlussfassung zum Delegiertenschlüssel der Landesparteitagsdelegierten DIE LINKE. Sachsen 2015/2016 (DS 4 – 145)

- Landesrat ist nicht explizit in der Drucksache aufgeführt
- Landesrat ist mit beratender Stimme in der Satzung verankert
→ Punkt 2 erweitern Absatz aufnehmen – gemäß § 14 (8)

Abstimmung:

einstimmig beschlossen

6.3. Beschlussfassung zum Delegiertenschlüssel für den Landesrat DIE LINKE. Sachsen 2015/2016 (DS 4 – 146)

Abstimmung:

einstimmig beschlossen

ans Ende schieben TOP 7 – Wahlkampf - Kommunalwahlplakate

nicht behandelt

TOP 8 – Stand zur Vereinbarung der LINKEN Sachsen mit den Kandidierenden zur Landtagswahl – Fortschreibungsdokument (DS 4 – 143)

bis zur LVV sollen alle Vereinbarungen der KandidatInnen vorliegen

→ zur Kenntnis genommen

TOP 9 – Vorbereitung LandesvertreterInnenversammlung - Beschlussfassung zum Vorschlag für die Arbeitsgremien sowie die organisatorische Vorbereitung (DS 4 - 142 / 4 – 144)

DS 4 - 142

- die Kreisvorsitzenden haben diese DS auch erhalten, zwecks Rückkopplung und Vorschlägen

Abstimmung:

einvernehmlich beschlossen

DS 4 - 144

- ein Fragenkatalog, ähnlich wie LandesvertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Liste Bundestagswahl, wurde nicht aufgeführt, Frage ob es gewollt ist

Aus der Diskussion:

- zusätzliche Aufnahme bzgl. der Abfrage von Informationen der KandidatInnen: Anzahl der Jahre im Parlament, nicht nur der Legislaturen; **Vereinbarung mit dem LaVo vorliegend?, Erfüllung der bisherigen Vereinbarungen (durchschnittlicher Parteibeitrag der letzten Legislatur; durchschnittliche MandatsträgerInnenbeiträge)**
- Punkt 2 zurückgezogen
- für die VertreterInnen muss transparent sein, wer ordnungsgemäß bezahlt, darum jährliche Angaben
- bei der VertreterInnenversammlung für die Bundestagswahl waren diese Angaben nicht wahlrelevant
- Datenschutzrelevanz
- nach unseren Beitragsregelungen ist es nicht im Detail nachvollziehbar, wer warum weniger zahlt (Unterhalt, Pflege von Familienmitgliedern, Titel usw. dürfen runtergerechnet werden)

GO-Antrag:

Abbruch der Debatte/Versammlung - es ist 22.04 Uhr

→ dafür: 5 dagegen: 2 Enthaltungen: viele **Sitzung beendet**

TOP 10 – Auswertung der Aktionen am 5. März in Chemnitz zur Verhinderung des Naziaufmarsches

nicht behandelt

F.d.R.

Dresden, 25. März 2014



Antje Feiks
Landesgeschäftsführerin